

## Zu diesem Buch

Die DDR des Erich Honecker gibt es nicht mehr. Keine Blauhemden werden mehr vor den Mächtigen mit Fackeln und Transparenten aufmarschieren und kämpferisch schreien «Für Frieden und Sozialismus – immer bereit!» Keine Schüler werden mehr beim Fahnenappell stramm stehen oder im Wehrunterricht mit Luftgewehren hantieren und durchs Gelände robben. Kein ZK-Sekretär wird mehr den Journalisten vorschreiben, an welcher Stelle in wieviel Spalten und in welcher Buchstabengröße die vorfristige Planerfüllung eines Großbetriebes aus Anlaß irgendeines staatlich verordneten Festtages zu melden ist. Diese DDR, die es einem ganzen Volk zunehmend unerträglich machte, in seiner Heimat zu bleiben, ist am 18. Oktober 1989 mit der Abberufung Honeckers aus allen seinen Ämtern ins Wanken geraten.

Unerwartet und in seinen Auswirkungen noch gar nicht überschaubar hat sich im anderen deutschen Staat eine friedliche Revolution ereignet, die das vierzigjährige Machtmonopol der SED wohl für alle Zeiten gebrochen hat. Getrieben von einer politisch selbstbewußt gewordenen Bevölkerung ist der graue deutsche Staat östlich der Elbe im Begriff, eine andere DDR zu werden. Die Opposition formiert sich, die gleichgeschalteten Blockparteien und Massenorganisationen erwachen zu neuem Leben, Kommunisten streiten für eine grundlegende Erneuerung ihrer Partei, ohne die sie die angekündigten freien Wahlen kaum überleben dürfte.

Konzepte, wie der Umbau vonstatten gehen soll, sind in der Ära Honecker jedoch so gut wie keine entwickelt worden. Ein riesiger Probleberg tut sich auf, von dem noch niemand weiß, wie er abgetragen werden kann. Ernüchert ziehen die Menschen im ganzen Land Bilanz und suchen fieberhaft nach Alternativen.

In diesem Band rechnen Oppositionelle und Reformer, Wissenschaftler und Schriftsteller, Weggegangene, Vertriebene und Dagebliebene mit dem ab, was man in ihren Augen zu Unrecht als «real existierenden Sozialismus» bezeichnete. Sie berichten über den Umbruch in der DDR und entwickeln Vorschläge für eine neue Politik in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Sie tun das erstmals gemeinsam in *einem* Buch, so daß dieses für sich genommen schon beinahe so etwas wie ein «runder Tisch» ist. Der Krampf und die Angst, die das öffentliche Denken in der DDR so lange gelähmt hatten, sind abgefallen und haben einer neuen Aufbruchstimmung Platz gemacht. Ohne Anspruch auf Repräsentativität oder gar Vollständigkeit soll dieses Buch einen ersten Einblick geben in die Diskussionen und Vorstellungen über den Aufbruch in eine andere DDR.

*Bücher zum Thema bei rororo aktuell – Essay*

*Rolf Henrich: Der vormundschafliche Staat (12536)*

*Walter Janka: Schwierigkeiten mit der Wahrheit (12731)*

Hubertus Knabe (Hg.)

# Aufbruch in eine andere DDR

Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes

RE 126

Q 1



Rowohlt

rororo aktuell  
Herausgegeben von Inge Brodersen



18/90

Redaktionelle Mitarbeit Rüdiger Dammann  
Originalausgabe  
Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,  
Reinbek bei Hamburg, Dezember 1989  
Copyright © 1989 by Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,  
Reinbek bei Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Umschlaggestaltung Jürgen Kaffer/Peter Wippermann  
(Foto: Paul Langrock/Zenit)  
Fotos im Innenteil: Hans-Peter Stiebing/Zenit (S. 21)  
Andreas Schoelzel/Zenit (S. 69, 139, 179, 273).  
Satz Times (Linotronic 500)  
Gesamtherstellung Clausen & Bosse, Leck  
Printed in Germany  
1180-ISBN 3 499 12607 9

## Inhalt

HUBERTUS KNABE  
Die deutsche Oktoberrevolution 9

### Abrechnung

WOLF BIERMANN  
Wer war Krenz? 23

FRANK-WOLF MATTHIES  
Offener Brief an die Regierung der DDR 32

HANS-JÖRG BÖRNICKE  
Aus der Staatsbürgerschaft entlassen 37

RÜDIGER ROSENTHAL  
Stalins Erbe 50

JÜRGEN FUCHS  
Vier Vorschläge zum Umgang mit der Stasi 59

### Aufbruch

OLAF G. KLEIN  
Niemand kann zweimal über dieselbe Brücke gehen 71

ANETTE LEO  
Der hippokratische Eid auf die Wahrheit  
oder Der Traum vom wirklichen Journalismus 83

INA MERKEL  
Frauen in der DDR 90  
*Vorschläge für eine Kultur der Geschlechterverhältnisse*

GÜNTER KRUSCHE  
Das prophetische Wächteramt 98  
*Die zukünftige Rolle der Kirche*

REIMAR GILSENBACH  
Der Minister blieb, die Grünen kommen 107

LIA PIRSKAWETZ  
Aus meinem Tagebuch 118

HELMUT LÜCK  
Ein Mehr an Demokratie 126  
*Die neue CDU*

JÜRGEN LEMKE  
Ausbruch aus dem Getto 134  
*Die Schwulen in der DDR*

### **Opposition**

ERHART NEUBERT  
Motive des Aufbruchs 141

HUBERTUS KNABE  
Die wichtigsten Gruppen der Opposition 156

ULRIKE POPPE  
Bürgerbewegung «Demokratie Jetzt» 160

REINHARD SCHULT  
Offen für alle – das «Neue Forum» 163

LUDWIG MEHLHORN  
Berlin – Warschau 171

### **Für eine andere DDR**

MICHAEL BRIE  
Vom Versagen des administrativen Sozialismus 181

MANFRED LÖTSCH  
Abschied von der Legitimationswissenschaft 192

HANS-JÜRGEN FISCHBECK  
Marktwirtschaft im Sozialismus 200

WILMA UND ROLF MERKEL  
Szenarien zur wirtschaftlichen Entwicklung  
unter Beibehaltung des politischen Status quo 204

RAINER LAND  
Die Grenze ist offen 216  
*Die Wirtschaftsreform der DDR*

HANSGUNTER MEYER  
Anschluß an das Weltniveau 227  
*Wissenschaft und Forschung in den 90er Jahren*

ANDRÉ BRIE  
Thesen zu einer neuen Außenpolitik 237

FRIEDRICH WOLF  
Ist die DDR ein Rechtsstaat? 249

HELMUT HANKE  
Der Sturm der Befreiung 259  
*Streitschrift für eine Kulturrevolution*

### **Deutsche Identitäten**

RAINER SCHEDLINSKI  
Gibt es die DDR überhaupt? 275

LUTZ RATHENOW  
Nachdenken über Deutschland 285

KONRAD WEISS  
Vierzig Jahre in Vierteldeutschland 294

HARTWIG BÖGEHOLZ  
Der Umbruch 300  
*Zur Chronologie der Ereignisse in der DDR*

Quellenhinweis 320

## Frauen in der DDR

Vorschläge für eine neue Kultur der Geschlechterverhältnisse

Das am männlichen Lebenszusammenhang – d. h. an Arbeit und Leistung – orientierte Maß der Frauen-Emanzipation schlug sich in der DDR bisher vor allem in der formal-juristischen Gleichstellung der Frauen vor dem Gesetz nieder. Die mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft verbundene tendenzielle Gleichsetzung aller Bürger als Arbeitende – als am Aufbau der Gesellschaft Mitarbeitende – schloß die bisher nur zu einem Drittel erwerbstätig gewesenen Frauen radikal ein. Damit veränderten sich in den letzten vierzig Jahren nicht nur die Lebensentwürfe von Frauen, sondern auch die Bedingungen individueller Reproduktion für beide Geschlechter. Der historisch entscheidende qualitative Sprung lag im Wechsel des Charakters der weiblichen Arbeit: von der unqualifizierten, unkontinuierlichen Erwerbsarbeit zur qualifizierten, kontinuierlichen Berufsarbeit. Entscheidende strukturelle Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung blieben jedoch aus.

In diesem Sinne setzte sich in der DDR zwar eine fast 90prozentige Berufstätigkeit von Frauen und ein hoher Bildungsgrad durch, so daß wir heute von einem angeglichenen Qualifikationsniveau ausgehen können. Dennoch gilt: Je höher der gesellschaftliche Status eines Berufs, desto weniger Frauen sind hier vertreten. Als Gründe für diesen wiederholt beklagten Zustand wurde ihre besondere Lebenssituation als Mütter und als Verantwortliche für die individuelle Reproduktion (als Hausfrauen) angesehen.

Die in Beruf und Familie zu beobachtende Verfestigung und Zuspitzung der Polarisierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung schlägt sich auch nieder in einem eindeutigen Qualifikations- und

Lohngefälle, im weitgehenden Ausschluß von Frauen aus der politischen Machtausübung, in dem sozialen Statuswechsel ganzer Berufsgruppen aufgrund ihrer «Feminisierung» (Beispiel: Lehrer), aber auch in einem ausgeprägten geschlechtsspezifischen Bewußtsein einer angeblichen «psychophysischen Eignung» für bestimmte Arbeiten.

Dadurch bleibt ein wesentlicher Teil produktiven weiblichen Vermögens ungenutzt. Ihre spezifischen Bedürfnisse und Interessen können Frauen in den Gestaltungsprozeß dieser Gesellschaft bisher nicht einbringen. Damit aber geht dem Sozialismus ein wichtiges Korrektiv bei der Formulierung zukünftiger Aufgaben und Zielstellungen verloren.

Auch die sozialpolitischen Maßnahmen brachten hier keinen entscheidenden Durchbruch. Letztlich wurden sie vor allem deshalb getroffen, um Frauen für die Produktion zu gewinnen. Sie zielten bestenfalls auf die Entlastung der Frauen im Bereich der Hausarbeit und auf das Ersetzen der Mutter im Bereich der Kindererziehung. Die Folgen dieser «Industrialisierung» sind am deutlichsten am Verhalten der Gesellschaftsmitglieder gegenüber den nachfolgenden Generationen ablesbar. Unmittelbar erscheint dies u. a. in sinkenden Geburtenzahlen.

Die Mängel in der Konsumgüterproduktion, im Warenangebot, im Dienstleistungsbereich und im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen werden im wesentlichen auf dem Rücken von Frauen ausgetragen, d. h. durch ihre Mehrarbeit gesellschaftlich kompensiert.

Die hier angedeutete Problemlage ist nicht unbekannt und wird gemeinheit unter dem Begriff «Doppelbelastung» thematisiert. Aber als gesellschaftlich relevante Folgen wurden bisher weder die Entwicklungsbeschränkungen von Frauen noch die Auswirkungen der Berufstätigkeit auf die nachwachsenden Generationen, sondern nur der Rückgang der Geburtenrate reflektiert. Dementsprechend zielten die sozialpolitischen Maßnahmen auf die Milderung der hohen physischen und psychischen Belastung der Frauen und stellten so unter der Hand die geschlechtsspezifische Polarisierung und Arbeitsteilung in Gesellschaft und Familie auf neue Weise wieder her.

Ihren sinnfälligen Ausdruck findet die soziale Benachteiligung der werktätigen Frauen in der DDR vor allem in folgenden Erscheinungen:

Frauen stellen mit nunmehr 49,8 Prozent aller Berufstätigen zwar exakt die Hälfte aller Werktätigen, in allen Entscheidungsgremien sind sie jedoch entschieden unterrepräsentiert. Das betrifft die Leitung und Planung der Wirtschaft ebenso wie ihren Einfluß in gesell-

\* Ina Merkel, geb. 1957, Studium der Kulturwissenschaft, Assistentin an der Sektion Kulturwissenschaft und Ästhetik der Humboldt-Universität in Ost-Berlin

schaftlichen Einrichtungen, Parteien, Ministerien usw. Signifikant schlägt sich dies u. a. in der mangelnden Wertschätzung gegenüber der Arbeit von Frauen nieder: beispielsweise bei der Verleihung von hohen Orden, Auszeichnungen und Preisen, wo Frauen verschwindend gering vertreten sind.

Darüber hinaus ist zu konstatieren, daß die Formen gesellschaftlicher Öffentlichkeit männlich dominiert sind. Die besonderen Interessen von Frauen werden weder in den Parteien noch in den Massenorganisationen angemessen artikuliert und vertreten. Frauen werden immer nur so weit wahrgenommen, wie ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Prozeß es unbedingt notwendig macht. In diesem Sinne wurden Frauenorganisationen bisher weitgehend für Zwecke instrumentalisiert, die an ihren spezifischen Interessen weitgehend vorbeigehen. Es bestehen weder adäquate gesellschaftliche Räume noch Medien oder Formen für eine spezifische Frauenöffentlichkeit.

Es gibt zwar keine statistischen Erhebungen über die geschlechtsspezifische Aufteilung des Einkommens, aber vorsichtigen Schätzungen und eigenen Berechnungen zufolge, die von der Polarisierung der Arbeitsteilung, dem hohen Anteil der Niedriglohngruppen in ausgesprochenen «Frauenberufen» ausgehen und in Rechnung stellen, daß Frauen kaum Zugang zu den bestbezahlten Stellungen haben, ist darauf zu schließen, daß Frauen in etwa zwei Drittel bis drei Viertel des Einkommens von Männern auf sich vereinigen. Die Unterdrückung von Frauen schlägt sich auch darin nieder, daß Frauen deutlich unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt werden und verstärkt zu technischen Hilfs- und Dienstleistungen herangezogen werden. Dieses Problem wird sich bei der weiteren Computerisierung der Verwaltungsbereiche zuspitzen. Schon jetzt ist die Tendenz zu beobachten, daß bei Rationalisierungsprozessen Frauen nahegelegt wird, eine Teilzeitbeschäftigung aufzunehmen oder den Betrieb zu wechseln, wohingegen Männern die Chance eingeräumt wird, sich für die neuartigen Arbeitsanforderungen zu qualifizieren.

Für die Mißachtung weiblicher Interessen und ihre Unterordnung unter gesellschaftliche Erfordernisse spricht auch die Art und Weise, in der sozialpolitische Maßnahmen verkündet wurden. «Vater» Staat präsentiert die Maßnahmepakete als ein Geschenk. Daß Frauen aber keine Lust haben, ihr Leben lang «danke» zu sagen für eine Maßnahme, deren materielle Absicherung ihrer eigenen Arbeit zu verdanken ist und bei deren Gestaltung sie kein Mitspracherecht hatten, ist nur verständlich und läßt es notwendig erscheinen, diese Maßnahmen nunmehr zur öffentlichen Diskussion zu stellen.

Als eine der gravierendsten Einschränkungen der Entwicklungs-

möglichkeit von Frauen ist der geringe Fonds an frei verfügbarer Zeit anzusehen. Die enorme physische und psychische Überanstrengung besonders von Frauen mit kleinen Kindern beeinträchtigt ihr Wohlbefinden, ihre Leistungsfähigkeit und wirkt sich nachteilig auf die Bereitschaft aus, sich gesellschaftlich zu engagieren und zum Beispiel leitende Positionen einzunehmen.

Ein besonderes Problem stellt die soziale Lage älterer Frauen dar, die aufgrund der niedrigen Renten auf ein Existenzminimum angewiesen sind. Es ist nicht einzusehen, daß ausgerechnet jene Frauengeneration, die nach 1945 den entscheidenden Anteil am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft unter Hinnahme vieler Entbehrungen geleistet hat, sich nun auch noch im Alter extrem einschränken muß. In der Versorgung pflegebedürftiger Personen ist von einem materiellen und moralischen Pflegenotstand auszugehen. Alters- und Pflegeheime entsprechen nicht den Standards des 20. Jahrhunderts.

Die gegenständlichen, räumlichen und zeitlichen Strukturen der gesellschaftlichen Organisation individueller Reproduktion sind am Maßstab männlicher Bedürfnisse ausgerichtet. Sie behindern Frauen bei der Gestaltung ihres spezifisch weiblichen Lebenszusammenhangs. Die räumliche Gliederung der Wohnungen, die Anlage von Wohngebieten außerhalb der Städte, das einseitige Angebot von gesellschaftlich organisierten Formen der Kinderbetreuung und Erziehung sowie unterentwickelte Formen des gesellschaftlichen Verkehrs führen dazu, daß die räumliche Mobilität von Frauen und Kindern stark eingeschränkt wird.

Für die zunehmende Umweltbelastung, von der besonders Kinder und ältere Bürger betroffen sind, gibt es keine hinreichenden gesellschaftlichen Kompensationsangebote.

Die Unterschätzung und Minderbewertung weiblicher Handlungsfähigkeit hat auch in dieser Gesellschaft zu einer Zunahme mehr oder weniger verdeckter Formen der Frauenverachtung und Frauenunterdrückung geführt. Männer scheinen den Zustand eigener Entwicklungsbeschränkung dadurch zu kompensieren, daß sie sich an Frauen schadlos halten. Darauf deuten nicht nur die geringen Anteile der Männer an der Hausarbeit. Symptomatisch nimmt in der Gesellschaft seit Beginn der achtziger Jahre eine Sexualisierung der Frauenkörper zu – Striptease, «Erotisches zur Nacht», Miss-Wahlen usw. –, und zugleich häufen sich sexuelle Übergriffe auf Frauen und Kinder innerhalb und außerhalb der Familie.

Hier sind kurzfristige Maßnahmen, Übergangslösungen und langfristige Strategien zur Lösung des Problems notwendig.

1. Im Zusammenhang mit einer Reformierung des politischen Systems

Die Frauenorganisation der DDR, der DFD, hat sich bisher auf die Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen gegenüber Frauen beschränkt und sich damit als politische Interessensvertretung von Frauen desavouiert. Daher muß eine alternative Frauenbewegung zugelassen werden, die Formen der Interessensartikulation und ihrer politischen Durchsetzung für Frauen schafft. (Frauzentren, Frauenkultureinrichtungen, Frauenhäuser, Frauenmedien, Frauenforschung usw.)

Allerdings bietet der Charakter der DFD-Gruppen als eine Art «Selbsthilfegruppe», die besonders in kleinstädtischen und dörflichen Gegenden ausgebildet wurde, dort u. U. einen möglichen Ansatzpunkt, der weiter auszubauen wäre, wenn diese Gruppen ein Mitspracherecht in den kommunalen Räten erhielten und über eigene materielle Fonds verfügen könnten.

2. Im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Subventionspolitik

Die Subventionspolitik unserer Gesellschaft zielte im Wesen auf die Abminderung der Folgen sozialer Unterschiede für bestimmte benachteiligte Gruppen ab. Die daraus resultierende Verschwendung von Lebensmitteln, Energie und Wohnraum ist sicher eine wichtige Seite des Problems. Ein anderer, sublimerer Aspekt ist die Fixierung und Reduzierung der Lebens- und Entwicklungsmittel der Individuen auf Grundstandards der Ernährung, Bekleidung und Behausung, die als historisch veraltet gelten können, da sie den Idealen der Arbeiterbewegung um 1900 entsprechen, nicht aber den Erfordernissen des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Bei den sozialen Gruppen mit dem niedrigsten Einkommen wirkt sich die sachbezogene Subventionierung vor allem auf die extreme Einschränkung hinsichtlich der Wahl der Lebensmittel aus. Die Entscheidungsmöglichkeiten der betroffenen Individuen hinsichtlich ihrer Lebensgestaltung sind auf die subventionierten Lebensmittel reduziert. Der Vorschlag, Subventionsmittel personenbezogen umzuverteilen, eröffnet gerade für diese sozial benachteiligten Gruppen eine Vielfalt alternativer Gestaltungsvarianten individuellen Lebens.

Als konkrete Maßnahme sollten folgende Vorschläge diskutiert werden:

Aufhebung der Subventionen für Lebensmittel und Kinderbekleidung, Kontingentierung der Subventionen für Energie und Miete. Umverteilung der freigewordenen Mittel auf Renten, Niedriglohngruppen und Kindergeld bzw. Bildung von Fonds für die Entwicklung

und Förderung alternativer Formen der Kindererziehung, der Altersversorgung, der wohnungswirtschaftlichen Mieterselbstverwaltung usw.

3. Im Zusammenhang mit der strukturellen Umgestaltung der Planung und Leitung der Gesellschaft

Die spürbare Erhöhung des Frauenanteils in den höheren Leistungsebenen sollte kurzfristig angegangen werden. Als eine entscheidende Maßnahme hierfür wird vorgeschlagen, Quotierungsregeln einzuführen, die schrittweise eine angemessene Vertretung von Frauen sichern. Bei den Wahlen zu den höheren Volksvertretungen sollte durchgesetzt werden, daß die bisher in den unteren Leitungsebenen vertretenen Frauen rascher aufsteigen und am Anfang mindestens zu einem Drittel die Ratsmitglieder der Städte, Kreise und Bezirke sowie der Regierung stellen. Um die Frauen für eine Teilnahme zu stimulieren, sollten Frauen in Leistungspositionen sowohl materiell als auch durch die Schaffung zusätzlicher freier Zeit (Verlängerung des Urlaubs, Verkürzung der Wochenarbeitszeit) besonders gefördert werden. Zur materiellen Absicherung der Frauenförderung sollte ein Fonds geschaffen werden, an den Betriebe und gesellschaftliche Organisationen Abgaben zu leisten haben, der von der Frauenbewegung öffentlich verwaltet wird und an den Anträge zur Förderung von Frauen in besonderen Problemlagen, von Frauengruppen mit spezifischen Funktionen oder Projekten usw. gerichtet werden können.

4. Im Zusammenhang mit der Reformierung des Lohngefüges

Zugunsten der Aufhebung geschlechtsspezifischer Polarisierungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Überwindung von Disproportionen in gesellschaftlich wichtigen Bereichen wie der Kindererziehung, dem Pflegenotstand im Gesundheitswesen und der Sozialfürsorge sollten Frauenarbeitsplätze in diesen u. a. typischen Bereichen durch die Angleichung der Löhne materiell aufgewertet werden. Diese Maßnahmen sollten durch eine gezielte Kampagne zur Werbung von Männern für diese Berufsgruppen unterstützt werden. Darüber hinaus erweist es sich als notwendig, die Leistungskriterien für die Lohngruppen neu zu definieren, so daß auch typische Frauenberufe in der Industrie (Textilindustrie z. B.) finanziell den in männlichen Arbeitsbereichen geltenden Niveaus angeglichen werden.

5. Zur Verbesserung der Rechtsstellung von Frauen/Männern/Kindern

Es ist notwendig geworden, in allen Gebieten der DDR Frauenhäuser einzurichten, die mißhandelten und sexuell mißbrauchten Frauen und Kindern zeitweisen Schutz vor Übergriffen bieten und psychische und rechtliche Hilfestellung bieten. Die Unantastbarkeit der weib-

lichen Würde ist rechtlich wiederherzustellen. Dazu gehört auch der besondere Rechtsbeistand bei Beleidigung und Diffamierung des weiblichen Geschlechts, bei sexueller Entwürdigung usw., auch innerhalb der Ehe und Familie. Die Rechte der Frauen und Männer bei der Verfügung über den eigenen Körper sind dahingehend auszuweiten, daß sie selbst über Sterilisation u. a. Eingriffe entscheiden können sowie über die ärztliche Betreuung bei Schwangerschaften und den Ort der Geburt. Die Hebammentätigkeit sollte wieder gefördert werden.

Zur Entwicklung und gesellschaftlichen Förderung alternativer Formen individueller Reproduktion und Vergesellschaftung sollten kurzfristig Zulassungen und gesellschaftliche Anerkennung für genossenschaftlich organisierte alternative Formen der Kinderbetreuung und Erziehung wie Kinderläden, Kinderferiendörfer, Spielhäuser, Jugendzentren usw. erfolgen. Der Charakter dieser Einrichtungen sollte nicht die Mentalität des «Kinder-Abgebens» fördern, sondern vor allem die Beschäftigung der Eltern mit ihren Kindern durch die Bereitstellung von Orten, Räumen, Kommunikationsmöglichkeiten, Erziehungshilfe usw. unterstützen. Langfristig gesehen sind materielle und räumliche Bedingungen für die Realisierung und systematische Erweiterung sozialer Netzwerke zu schaffen. Wohngemeinschaften, Frauen- und andere Selbsthilfegruppen sollten Wohnungen, Häuser usw. in Selbstverwaltung übergeben werden und durch entsprechend zu bildende gesellschaftliche Fonds gefördert werden.

Es erweist sich als notwendig, die Familiengesetzgebung dahingehend zu überprüfen, ob nicht Veränderungen des Erziehungs-, Pflege- und Adoptionsrechts in folgender Richtung angestrebt werden sollten:

- Nichtaberkennung des Erziehungsrechts des Vaters bzw. der Mutter bei Scheidung, falls nicht besondere Umstände dies notwendig machen,
- Vereinfachung der Zulassung von Pflege- und Adoptionsverhältnissen und Zulassung auch alleinstehender Männer und Frauen zur Pflege und Adoption,
- Dezentralisierung der Erziehung elternloser bzw. vernachlässigter Kinder durch die Einrichtung kommunaler oder genossenschaftlich organisierter Kinderhäuser in den Wohngebieten.

Die Rechtsstellung der Eltern hinsichtlich der Erziehung ihrer Kinder ist unbedingt zu stärken, so daß die Familien ihre Erziehungskompetenz wiedererlangen. Dazu gehört:

- die Ausgliederung politischer Organisationen aus den Schulen und Bildungseinrichtungen und ihre Neuformierung im Wohngebiet,

- die Erhöhung des Einflusses der Bürgerinnen bei der gesellschaftlichen Erziehung durch die gesetzliche Zulassung von autonomen Elternvertretungen mit Mitspracherechten bei der Wahl von Schuldirektorinnen und der Festlegung von Erziehungszielen,
- freie Wahl der Schule, die die Kinder besuchen,
- Überlegungen zur Erweiterung der Zulassungsregeln zu Oberschulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen (Zulassungsprüfungen zur Abiturstufe mit festgelegtem Anforderungsniveau; statt der Studienplätze sollten leistungsbezogene Stipendien vergeben werden; Recht auf freie Wahl des Studienfachs bei eigener Finanzierung über Kredite).

Die hier artikulierten Vorstellungen können allerdings nur ein erster Ansatz für ein neues Verständnis von Frauenpolitik sein. Sie bedürfen der öffentlichen Diskussion und der weiteren Ausformung.